

großes Kapital aus dem Afrika zu verschaffen. Aber auch dieser dem ersten Geldgeber und nichts wünschen, wanzig Mal Beträge und ebenso oft verschwendet, zum Teil waren umso williger, und mehr versprochen, als es keinen Sinn". Vor einigen Jahren namens Rissim Preußisch reisen wollte, und wies einen Doktor mit Siegeln und verfehlten. Presentiell schwungel gewerbsmäßige fremdländische Beamtenpaß zur Verwendung des angeblichen Bulaire stellte jener Geld enthalten sei, völle Millionen österreichisch, daß dieses offene Auftrag er reise. "stellt sich aber noch 200000 Kronen wählten Gefunden, haben, und erzählte guls der Schmuggler in der Wohnung genommen, und es aus denen hervor, "Kurierte" um Gugels handelt, die führte.

Die alte Thüringer Kunstlerisch nochwertvoller, aber gar nicht in dem Spekulant aufzuwerten. Freiherrlich Ratz Hattenheim wurde gemessene Preis von zukünftig Edelbeeraus-anspreis von etwa Wert einer Sache beweisen auch die Südspitze Amerikas, einen Stein, denn beiden eine so große Sünden dieser Länder ist, ja, sie haben zwei Männer eines und zum erstenmal ihre Bewunderung auf und beluden. So macht uns sie wertlos, die unter unsere Bewunderung

den deutschen werden sollen, Sonderwün- sungen wurden nun zuhören.

11 Uhr Mittwoch

Bankhaus Heinz, Lichtenstein-Callnberg.

11,6 13,6
27,50 % 27,50 %
94,50
73,25
67,75
75,25
58
73,75
77,
87,
99,50
99,50
88,75
103,
97,
49,50
49,50
710,
257,
311,50
20,
550,
550,
268,
326,
229,50
117,50
184,
296,
790,
440,-

Brief. 95,85
225,05
268,80
286,40
1201,90
72,33
569,80
1041,06
1589,10
565,80
—
—
14,72
116,15

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Rubitschappel und Tirschein.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Pf. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Pf. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die leidgelpaltene Grundseite wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigelpaltene Seite 1,75, für auswärtige 2,00 Pf. Schluss bei Anzeigennahme vor 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckanschrift: "Tageblatt". Postleitzettel Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck + Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 138

Mittwoch, den 15. Juni 1921

71. Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Eine deutschnationale Anfrage im Reichstag erfordert, welche Schritte die Regierung beabsichtigt, um den durch die polnischen Insurgenten in Oberschlesien verursachten Schaden den davon betroffenen deutschen Staatsangehörigen voll und ganz zu ersätzen.

* Die Bemühungen der Münchener Polizei, zum Tode des Abg. Gareis bald Klarheit zu schaffen, werden, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bald Erfolg haben. Man ist einer bestimmten Spur auf dem Wege. Wahrscheinlich handelt es sich gar nicht um einen politischen Mord.

* Als Nachfolger für den ermordeten Gareis kommt im bayerischen Landtag auf der unabhängigen Liste Ernst Toller in Frage, der sich zur Zeit in Niederösterreich in Festungshaft befindet; er hat bereits 2 Jahre von einer fünfjährigen Festungshaft verbracht.

* Das Repräsentantenhaus hat am Montag die Vortragsresolution, die die Wiederherstellung des Friedensstandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten vor sieht, angenommen.

* Nach einer Meldung aus Oppeln sollen französische Jägerabteilungen aus der Gegend von Alt-Košel gegen deutschen Selbstschutz vorgegangen seien. Es soll zu Vorpostenkämpfen gekommen sein, bei denen auf beiden Seiten einige Verluste zu verzeichnen gewesen seien.

Sächsischer Landtag.

(S.) Dresden, 14. Juni. — Präident Großbrosz eröffnet kurz nach 1 Uhr die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident mit, daß die Regierung die Vorlage, die Angliederung der Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig, zurückzogen habe. Sie bittet, von einer weiteren Beratung abzuziehen.

Die Vorlage über weitere Kenderungen im Bevölkerungsweichen wird auf Vorschlag des Präsidenten ohne Aussprache an den Bevölkerungsausschuß verwiesen.

Als erster Punkt steht die Abstimmung über die Anträge zur Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes über Abänderungen im Polizeiwesen

auf der Tagesordnung. Die letzte Beratung hatte bereits in der letzten Sitzung stattgefunden. Paragraph 1 der Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten, die übrigen Paragraphen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten mit den vorgeschlagenen Kenderungen des Rechtsausschusses angenommen.

Abg. Dr. Wagner (Dnl. Bp.) bezeichnet es als einen Hohn auf den Parlamentarismus, daß die Unabhängigen die Vorlage ihres eigenen Ministers abgelehnt haben, während die übrigen Parteien ihr zugestimmt haben.

Der Antrag Eberle, über den ebenfalls in leichten Sitzungsbericht berichtet worden ist, wird angenommen.

Der Entwurf eines Gesetzes über den Staatsvertrag betreffend den

Übergang der Wasserstrafen von den Ländern auf das Reich wird in zweiter Beratung ohne Aussprache mit den vom Rechtsausschuß vorgeschlagenen Abänderungen einstimmig angenommen.

Der Antrag des Rechtsausschusses, in dem gebeten wird, das Kultusministerium zu erläutern, eine Verordnung zu erlassen, in der

die Wahlbauer für die Elternäte auf ein Jahr festgesetzt wird, wird ebenfalls einstimmig ohne Aussprache angenommen.

Schlüß der Sitzung 12 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch, den 15. Juni, mittags 1 Uhr. — Tagesordnung: Kleine Anfragen, zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Auhegehalter der Staatsbeamten, Staatsbank, Erhöhung des Betriebskapitals der Staatsbank, Nachtrag zum Finanzgez. Vermögensstand der Altersrentenbank.

Die Entschließung Porter.

New York, 14. Juni. Im Repräsentantenhaus stimmten 49 Demokraten und 1 Republikaner gegen die Resolution Porter, des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses. Einer der Unterschiede zwischen der Resolution Porter und der Resolution Knox ist der, daß die letztere den Vereinigten Staaten ausdrücklich alle Rechte vorbehält, die sie auf Grund des Waffenstillstandes erworben haben, und bestimmt, daß bejählt werden kann, bis die Verträge in beiden Ländern ratifiziert sind. Deshalb aus Washington besagen, es werde

Die Getreidewirtschaft im Reichstag.

Berlin, 14. Juni. Die Sitzung beginnt um 2 Uhr. Haus und Tribünen sind nur mäßig besetzt. Am Ministerialen Grädauer.

Präsident Löbe teilt mit, daß ein weiteres Mitglied des Reichstages, Abg. Bias (Soz.) aus Beuthen, von dem Polen vertrieben worden ist. Der Reichskanzler hat das amtliche Material darüber noch nicht vorliegen, Graf Prajma (den deutschen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission in Oppeln) aber sofort mit der Einleitung von Schritten bei der Interalliierten Kommission beauftragt. — Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt

Abg. Erspian (Unabh.), eine Interpellation seiner Partei über die Ermordung des Abg. Gareis und die Aufhebung und Entwaffnung der Orgel-Organisation auf die Tagesordnung zu ziehen. — Wider spruch erhob sich nicht. — Minister Grädauer erklärt, daß noch Verhandlungen mit den Regierungen der Länder schwaben, vor deren Abschluß eine Antwort nicht möglich sei. Diese Antwort werde aber noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

Auf eine Anfrage des Abg. Lehmann (D. Bp.) wegen der Gefangen in Avignon wird regierungseitig geantwortet, daß noch 115 Gefangene sich in Avignon befinden. Auf Intervention der Reichsregierung sind bislang 14 Gefangene davon entlassen worden. Zu einem weiteren Entgegenkommen hat sich die französische Regierung noch nicht bestimmen lassen. Die Lage der Gefangenen ist gut; die seelische Bedeutung nimmt aber mit der Länge der Haft zu. Die Regierung hofft, daß die Protestveranstaltung in Berlin dazu beitragen werde, die französische Regierung zum Einlenken zu bewegen.

Auf eine Anfrage wegen Wiedereinführung der Frauenabteile bei der Eisenbahn wird entgegnet, daß diese Abteile ab 1. Juli zunächst in den De-Jügen wieder eingeführt werden sollen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Semmler (Dnl.) bezüglich des Waldenburger Kohlenstreiks wird regierungseitig geantwortet, die Regierung halte an dem von den Arbeitern abgelehnten Schiedspruch fest, und es sei gelungen, nunmehr eine Einigung herbeizuführen.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die Regelung des

Verkehrs mit Getreide.

Der Entwurf sieht eine Umlage von 3 Millionen Tonnen Getreide für den Bedarf der verpflichtungsberechtigten Bevölkerung vor.

Ernährungsminister Hermes betont die Notwendigkeit der Sicherstellung der verpflichtungsberechtigten Bevölkerung zu erreichbaren Preisen. Wir brauchen in diesem Jahre 3,5 Millionen Tonnen Inlandsgetreide. Das ist auf dem bisherigen Wege nicht möglich. Aber auch eine vollständige Freigabe der Getreidewirtschaft kann noch nicht unternommen werden; denn durch die Anpassung an den Weltmarktpreis würden die Preise für Mehl und Brotgetreide sich stark erhöhen. Ein künstliches Niederhalten der Preise durch Reichszuschüsse ist praktisch undurchführbar. Es wären hierzu 14 bis 15 Milliarden Mark erforderlich. Allerdings müssen wir zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahrs einen Vorrat haben, wenn wir nicht wieder zum Frühstück greifen sollen. Die inländische Viehherzeugung scheint den Bedarf decken zu können, ebenso die Kartoffelerzeugung, nicht aber die Getreideerzeugung, und höhere Anzeichen über ihre Erhöhung über den Friedensstand hinaus liegen noch nicht vor. Wir sind somit gewissermaßen auf dem negativen Weg zu dem Um-

geraume Zeit dazwischen, bis der Verhandlungsausschuß bei der Häuer über eine endgültige Fassung der Friedensresolution sich geeinigt haben werde. — New York Herald meldet aus Washington, wenn die Herstellung des Textes des Verhandlungsausschusses sich lange verzögere, so prophezeit mehrere Republikaner, daß als nächster Schritt über einen Friedensvertrag hauptsächlich kommerzieller Natur mit Deutschland verhandelt werden würde. Die demokratischen Gegner hielten daran fest, daß die Resolution die amerikanischen Rechte und Ansprüche gefährde. Die Republikaner forderten, daß diese ausdrücklich gesichert würden. Der Republikaner Kelly griff die Resolution an, weil die Vereinigten Staaten nicht besondere Pfänder und Garantien von Deutschland forderten. Der Demokrat Coolidge, der für die Re-

lagegestimmt gekommen. Wir erkennen gern seine Schwierigkeiten an. Wir sehen in dem Umlagesystem den besten Übergang zur freien Wirtschaft, eine Förderung der Produktion und das Ende des Schleichhandels. Der Aufgabenkreis der Reichsgesetzestelle findet, abgelehnt von dem Fall der Währungscontrole, auch dadurch eine Einschränkung, als die Hälfte abgebaut werden kann. Der Handel findet eine Erweiterung. Für die Erfüllung der Umlage hofft der Erzeuger dem Kommunalverband, dieser dem Lande und dieses dem Reiche. Die Preisgestaltung hängt von der Lage der Reichszuschüsse zur Verbilligung des Mehlpreises ab. Angefordert werden für diesen Zweck im laufenden Jahre 10—15 Milliarden Mark. Hier kann nur schrittweise abgebaut werden, wenn nicht schwere Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens eintreten sollen. Hand in Hand mit dem Abbau müßte eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter gehen. So mit müssen wir Brot- und Mehlpriese auf einer ertraglichen Höhe halten.

Der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Getreidebewirtschaftung wird mit dem Entwurf verbunden. Inzwischen ist eine größere Anzahl von Abänderungsanträgen eingegangen. Ein Antrag Dötsche (D. Bp.) fordert glatte Ablehnung und Einführung der freien Wirtschaft. Ein Antrag Dr. Hess (Unabh.) Beibehaltung der Zwangswirtschaft mit Maßnahmen zur besseren Erfassung der Getreidemengen.

Abg. Edler v. Baum (Dnl.) lehnt im Namen der Landwirtschaft die Vorlage der Regierung ab. Wenn die Regierung so lange mit der Wiedereinführung der freien Wirtschaft warten will, bis unsere Landwirtschaft den Inlandsbedarf decken könne, werde sie lange warten können. Nur die freie Wirtschaft kann den Interessen der Konsumen entsprechen. Somit erwarten wir auch nichts von dem Umlagesverfahren, zumal die Frage der Selbstversorgung und Deputate nicht genügend erklärt ist. Nur die freie Wirtschaft bereitet uns von dem Schieberhandel. Auch im Wege des freien Handels hat die Regierung die Macht, den Brotpreis auf einem niedrigen Niveau zu halten. Sie muß nur verhindern, daß deutsches Getreide ausgeführt wird und für eine Verbilligung des Auslandsgesetzes sorgen. Die Umlage verleiht das Rechtsgefüge der Landwirtschaft und wird keinen Erfolg haben. Die Erhöhung der Erzeugung kann nur auf dem Wege der freien Wirtschaft erfolgen.

Abg. Schmidt-Röpenack (Soz.): Wir müssen die Beibehaltung der Zwangswirtschaft fordern, denn die geplante Umlage wird ihren Zweck nicht erfüllen. Diejenigen, die ihre Pflicht nicht tun, jeder brach liegen lassen, gegen die Pflanzenkrankheiten nicht vorgehen, müssen eben zur Pflichterfüllung gezwungen werden. Wenn der Sprung in die freie Wirtschaft noch nicht gewagt werden kann, dann muß auch das Nötige durch Gesetze erfaßt werden. Dazu reicht aber die Vorlage nicht aus. Der Widerstand der Rechten gegen den Umlageschund ist nicht berechtigt. Im Auslande erstrebt man für die Arbeiterschaft ähnliche Erfolge. Unsere Arbeiterschaft ist aber bereit, mit der Landwirtschaft sich in dieser Frage zu verstehen. Die Beratung dieser Materie wird jedoch abgebrochen und der Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenverlängerung ohne Debatte an den sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 2 Uhr: Kleine Vorlagen, darunter Änderung des Wehrgez. und Weiterberatung. — Schluss gegen 6½ Uhr.

Am Sonnabend wurde bereits mit 206 gegen 105 Stimmen beschlossen, daß leinerlei Abänderungen an dieser Resolution folgen würden, würde die Rückziehung der amerikanischen Truppen aus Deutschland sein.

Am Sonnabend wurde bereits mit 206 gegen 105 Stimmen beschlossen, daß leinerlei Abänderungen an dieser Resolution folgen würden, würde die Rückziehung der amerikanischen Truppen aus Deutschland sein. Diese Abstimmung löst einen langwierigen Kampf zwischen Senat und Repräsentantenhaus aus. Bei Eröffnung der Debatte erklärte das Mitglied des Repräsentantenhauses, Porter, daß Deutschland keine Resolution annehmen werde, und es sei zu hoffen, daß auch die Alliierten den Vereinigten Staaten helfen werden, daß diese Resolution ins Leben tritt. Er erklärte, diese Resolution solle in keiner Weise eine Desertion

bedeutet. Präsident Harding begünstigte sie. Die Debatte wurde hauptsächlich von den Anhängern der Resolution geführt. Die Demokraten erklärten, daß der Verfaßter Friedensvertrag die amerikanischen Rechte schütze, während die Republikaner ausführten, daß auch diese Resolution diese Rechte schütze. Sie sei auch deshalb notwendig, damit das schreckliche Mißlingen der Regierung Wilsons bei den Friedensverhandlungen befeitigt werde.

Würde die Entschließung vom Verhandlungsausschuß angenommen, so stehen Amerika zwei Wege offen, die beide ihre Schwierigkeiten haben. Die Staaten könnten die Verträge von Versailles und St. Germain mit den Vorbehalten annehmen, welche der Senat verlangt. Aber die Verträge würden dadurch so verändert werden, daß eine Konferenz zur Regelung der Beziehungen Amerikas zu den anderen Alliierten notwendig wäre und das will man gern vermeiden. Der andere Weg ist, neue Friedensverhandlungen mit Deutschland und Österreich anzutun. Das würde aber zu schwierigen Verhältnissen mit den Alliierten führen und in den meisten Ländern eine böse Stimmung gegen die Vereinigten Staaten erzeugen. Es ist sehr fraglich, ob die Verhandlungen die Lösung der Frage näherbringen werden.

Neue Gefäßigkeiten der Nationalwenden.

(2.) Das Organ der Nationalwenden Barth'scher Richtung, die in Bautzen erscheinende „Sorbische Rövinc“ hat sich in der letzten Zeit wiederholt in auffälligen und gehässigen Artikel gefallen, die beweisen, welche Empfindungen und Machtgelüste die deutsche Not in den Reihen der Führer der wendischen Nationalbewegung ausgelöst haben. Nachdem sich in einigen vorhergegangenen Nummern die „Sorbische Rövinc“ um den Nachweis bemüht hatte, daß Böhmen ein geschichtlich begründeter Anspruch auf die Oberlausitz besteht, wird in zwei Artikeln dieses in Bautzen erscheinenden Blattes und zwar in den Nummern vom 8. und 9. Juni der deutsche Charakter Oberschlesiens zu verneinen und die Berechtigung des polnischen Anspruchs sogar über das Gebiet Oberschlesiens hinaus zu beweisen versucht.

Am Schluß des leichten Artikels heißt es wörtlich:

„Und was die Muttersprache anbelangt, so ist in Ober- und teilweise auch in Niederschlesien stets polnisch gesprochen und die Sprache bis heute erhalten worden. Freilich war die Verwaltungssprache in Schlesien und Böhmen deutsch. Das liegt dem Deutschen im Blute, die Sprachen der nationalen Minderheiten aus dem öffentlichen Leben auszustoßen und mit der Zeit auszurotten. Das ist die Macht der deutschen Kultur. So ist es den Polen ergangen, so ergeht es auch uns schon Jahrzehnte, Jahrhunderte lang. Leicht war es ja nicht, fast fünf Millionen Menschen national zu töten. Aber der Kanzler in den hohen Stiefeln hat es verübt und — hat verpielt. Freilich sind im Laufe der Zeit viele Tausende Deutscher nach Schlesien, wie nach der Lauta verzogen, um das slawische Land zu germanisieren. Darüber wollen wir künftig mehr schreiben.“

Wenn man diese Sprache eines in Deutschland erscheinenden Blattes hört, so muß sich einem die Annahme aufdrängen, als ob die Leute um Barth wieder einmal Nachziehen wollten.

Erfreulicherweise finden die Bestrebungen der Barth'schen Richtung bei einem großen Teil der ländlichen Wenden entchiedene Ablehnung und Verurteilung uns es sind, im Gegenzug zu den dem Ausdruck sachentzweiter Wenden angehörenden großen Teile der wendischen Bevölkerung nur verhältnismäßig kleine Kreise, die sich hinter Barth und den wendischen Nationalausschuß stellen.

Frankreichs unmenschliche Justiz.

Ganz abgesehen von der Tatfrage, daß in den meisten Strafverfahren gegen unsere Kameraden keine ordnungsmäßigen Zustände geherrscht haben, daß im besonderen Angeklagter und Richter zum großen Teil eine Person waren, erweisen sich beim ersten Blick auf die nachstehenden Zeilen die zudiskutierten Strafen gegenüber den Verfehlungen der Kameraden, — soweit man von solchen überhaupt sprechen darf — als viel zu hart und grausam.

Melita.

Roman von Rudolf Eicho.

31.

Rachdurst verboten.

Sie beruhigte ihn durch die Entgegnetung: „Das ist nicht der Fall. Sobald ich an Mama denke, meine ich, etwas von ihrem stillen Heroismus und ihrer Mutterliebe sei in den Räumen zurückgeblieben. Außerdem aber steht mir noch ein tapfertiger Beläufer zur Seite. Ach, da kommt er eben!“

Über die Räumlichkeit, die sich gleich einem weißen Teppich um die Villa breite, läßt ein Boxertrübe hin, sprang an dem ersten Tor empor und stieß ein dumpfes Geheul aus.

„Da sieht du, Welch' eine Bitterung Cäesar hat.“ bemerkte Melita. „Im Gärtnerbüschen versteckt er meine Nähe. Gleich nach meiner Rückkehr aus England wurde er meinem Vater untreu und schloß sich mir an. Seht, da ich allein bin, scheint er es als seine Lebensaufgabe anzusehen, mich durch Zärtlichkeitsschweine zu trösten. Er wird die Trennung von mir schwer ertragen. Willst du ihn nicht mit dir nehmen?“

„Unmöglich, Liebster! Mit diesem lebhaften Tier zur Seite nimmt mich keine Berliner Zimmervermieterin bei sich auf. Verlaufe ihn doch. Wenn ich nicht irre, hat dein Papa 200 Mark für ihn bezahlt.“

„Es wird mir schwer werden, ihn einem Fremden zu übergeben. Doch leb wohl, Liebster, wenn ich nicht öffe, rennt sich Cäesar den Kopf an Elengittern ein.“

Cäesar tauchte den letzten innigen Kuß mit dem Verlobten aus und stieg die Tür auf. Cäesar wußt sich ihr mit einem Freudengeheul entgegen, und sie hatte Mühe, ihm stand zu halten. Auf der Treppe des Hauses wandte sie sich noch einmal um, in der Abicht. Preß einen Schleudergruß zugewin, allein er war bereits verschwunden.

Während des nächsten Vormittags packte Melita ihren Rucksack und nedachte in den Gathol der Frau Braun überzustecken. Cäesar, der sich stundenlang im Garten herumgetrieben und dann sein Frühstück verzehrt hatte, schaute im Schlafzimmer eine Weile ihrer ehemaligen Haushaltung zu und schlief dann fest ein.

Sobald der Röster gefüllt war, verließ Melita das Zimmer; sie wollte den Gärtner bitten, ihr eine Drochke zu befordern. Auf der Freitreppe der Villa begegnete ihr Stanislaus Lehmann.

Welche furchtbaren Strafen verhängt worden sind, zeigt folgende Aufstellung:

Nach der amtlichen Strafliste, die wir einsehen können, erhielt z. B. ein P. G. (deutscher Kriegsgefangener in Frankreich) für „Gehorsamsverweigerung“ 5 Jahre öffentlichen Arbeitsdienst; ein anderer für „Zerstörung von Eisenbahnmaterial“ 10 Jahre Zwangsarbeit; ein dritter für „verüchter tödlichen Angriff“ auf einen Begleitposten auf dem Marsch 5 Jahre. Für „militärische Diebstahl“ erhielten verschiedene P. G. 30 Monate Gefängnis; andere sogar für „Gehorsamsverweigerung“ 10 Jahre öffentlichen Arbeitsdienst. Ein Familienvater wurde mit 20 Jahren für militärischen Diebstahl und Zerstörung militärischer Gebäude bestraft.

Des weiteren wurde ein auf der Flucht befindlicher Leidenschaftsbruder, der sich zur Wehr setzte, als er von den Polizeiagenten ergreifen und gejagt wurde, zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Es steht fest, daß die sog. Avignon-Strafgefangenen sich zum großen Teil, und zwar lediglich bei dem Versuch, die lang entbehrt Freiheit wieder zu erlangen, nur geringfügiger Delikte schuldig gemacht haben. Weder bei diesen, noch bei jenen, die durch Gehorsamsverweigerung oder durch Angriffe auf die Wachposten sich Strafen zugingen, kann in den meisten Fällen von einer moralischen Schuld gesprochen werden. Leute, die auf der Flucht notgedrungen Raubstahl begingen und dabei erfaßt wurden, wurden nunmehr wegen „Bandenkraub“ rücksichtslos zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt. Keine der zudiskutierten Strafen würde einer ordnungsgemäßen Nachprüfung standhalten. Auch aus diesem Grunde stehen wir für alle Zukunft zu unserer Ansicht, die das heißt: Frankreich hat uns alle noch zurückgehaltenen Kameraden zurückzugeben!

Entlassene Avignonleute als „Nogesangene“.

Wie wir aus Mannheim erfahren, verbot bei der Fahrt durchs Elsass fürstlich ein Gendarm einem Avignon-Helmchen im Straßburger Wartesaal die Unterhaltung mit einem Österreicher, der sich zu dem Deutschen hingesehnt hatte, und zwar mit der Begründung, daß sie noch Gefangene (!) seien und ihnen daher jede Unterhaltung verboten sei.

Noch Gefangene! Obwohl sie nicht früher auf den Heimtransport gebracht wurden, als ihre Strafzeit restlos erfüllt war! —

Kein Wunder freilich, daß die französische Polizei justiz Recht und Menschlichkeit so auf den Kopf stellt! Sie hat ja das beste Vorbild an der französischen Strafjustiz — und muß selbstverständlich als Seitenstüd dazu — im Bilde bleiben. —

Betrübung wird Unforn, Wohltat Plage.

In seiner kurzen Tagung Ende Juni soll der Reichstag nach Wunsch der neuen Reichsregierung nebenher auch eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigen. Unter diese rechnet das Reichsarbeitsministerium offenbar auch den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Reichsangehörigen-Versicherung, die der Reichstag dieser Tage ohne Erdreitung angenommen hat.

Soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 1260 Mark Monatseinkommen bedeutet dies demnach die Vorauswegnahme fast eines ganzen Monatsgehalts für eine angeblich aus sozialen Gründen eingeführte Pflichtversicherung, von der er in den ersten zehn Jahren der Versicherung Nutzen nur auf dem Gnadenweg, d. h. auf

soviel bis jetzt aus den kurzen Berichten bekannt geworden ist, stroht der Regierungsvortrag geradezu von Unmöglichkeiten. Durch die Novelle sollen gleichzeitig die Verlängerungslinie erhöht, die bisherige Verlängerungsgrenze von 15 000 Mark auf 28 000 Mark Jahresentnahmen hinaufgeschraubt und eine neue Verlängerungs-Klasseneinteilung geöffnet werden. Die jüngsten Beiträge werden durchweg mehr als verdoppelt. So z. B. in der obersten, jetzt vorhandenen Klasse (Jahresgehalt bis 15 000 Mark) soll jetzt 26,60 Mark in Zukunft 20,40 Mark. Alle neu hinzutretenden Verlängerungspflichtigen werden in die neu gebildete 9. Verlängerungsklasse mit einem Monatsbeitrag von fast 100 Mark, gleich 1180 Mark jährlich, eingereicht. Für einen Angestellten mit 126

in, die der grüne
m.

lender Zahlfrost
die obere Grenze
en, doch muß nicht
Västen auf das
Maß fehlt, zeigt
noch deutlicher die
15.000 Mark in
Einkommens von
nen ist knappes
Angestellten, das
es einem unver-
höhere Bei-

einliche Gegensatz
und den zu er-
en Jahresbeitrag
Beitragszahlung
dieselben Be-
gesellschaft für
Police über 20
berücksichtigen ist,
grund entsprechen-
den Gegensatz
die Reichsversicher-
unter Ueberbreite-
teil ihrer Fonds
durch Steigerung
en.

ene Entwurf eines
ches über die Be-
m 21. Mai 1920
he bezüglich War-
geld u. a. auf die
iebenen u. und
staatsdienstgegen-
ändigen Ministe-
ren landesgesetz-

teilt, haben am
am Leipzig in
s, der Deutschna-
heimattreuer Ober-
s verbotener An-
Der Grund zu
agen von zwei in
en, wonach gegen
m 30. Mai verfor-
ationen in Ober-
l. Ueber das Er-
ve noch nichts Nä-

Bergmann von
bergmann wird
dem französischen
er die Beratungen
worden sind. Es
drei Wochen ein
lossen sein wird.
berichtet, daß
slohenen Arbeits-
tpunkte die Frage
fristen, sowie den
Liefersungen be-

Rathenau.
des französischen
heur, wahrschein-
Rathenau ein-

worden. Er führte
er niemals seine
Barmstauer.“
abheulich!“ rief
sorft dies Haus!“
Sie nicht glauben
anzeigten Mäd-
fort und trat ihr
wollten, würde ich
dies. Die Woh-
rde ich Ihnen ein

and zurückzumachen.

Sie einen Scher-
e erkönnte von der
, und gleich darauf
ihm vez wälzte sich

der Halsband des
te Stanislaus Leb-
mit Hinterlassung
ines Smolings ent-

erichtet, daß sie
nen schloß. Ein Ge-
o, als sie Schritte
der widerwärtige
ein, fragte sie sich
saurige Frau, die
und bewegend
auf keine Hörin
eindlich, „ich liebe
heinen ich erichtet
icht ist erblieb bis

et, den Cäsar als
er sollte ihn zuerst
erfach er ihn mit der
im Garten einem
Röpfefeld durch den
den, daß Ihr Hund
erziehung folgt.)

ken, seine Pläne persönlich oder durch einen Vertreter in der nächsten Sitzung des Obersten Rates weiter zu erörtern. Louchent habe von den Vorschlägen Dr. Rathenau einen sehr guten Eindruck erhalten, der allen Wert darauf legt, die Pläne durch Rathenau oder in seinem Namen nochmals unterbreiten zu lassen, damit sie geprüft werden können. In Londoner Geschäftskreisen erblidt man in diesem unerwarteten Schritt den Beweis, daß nun endlich kommerzielle und wirtschaftliche Auffassungen sich Bahn brechen werden.

Einstellung der Säuberungsaktion.

Die Interalliierte Kommission hat die Säuberungsaktion in Oberschlesien eingestellt. Als Grund hierfür gab sie den politischen Parteien an, daß der Selbstschutz sich weigert, vor Niederholzung des Aufstandes die durch ihn befreiten und beschützten Gegenden zu räumen. Die deutschen Parteien vertreten den Standpunkt, daß es Aufgabe der Interalliierten Kommission ist, endlich einmal gegen die Aufständischen vorzugehen, nicht aber gegen den Selbstschutz, der sich mit Beendigung des Aufstandes von selbst auflöst. Die Bevölkerung kann sich den von ihr selbst geschaffenen Schutz nicht nehmen lassen, bevor sie durch Taten der Kommission eine Gewähr für ihre volle Sicherheit erhalten hat.

Die Teilung Oberschlesiens.

Der „Daily Telegraph“ teilt mit, daß sechs offizielle Vorschläge zur Teilung Oberschlesiens den alliierten Regierungen vorliegen. Der Grundgedanke des englischen Vorschlags wird nochmals dahin umschrieben, daß gewisse Prinzipien erst niedergelegt werden sollen und darüber erst eine Einigung erzielt werden müsse, wobei die Unteilbarkeit des Industriegebietes gewahrt werden müsse.

Eine Rostkantsche Holzlammer.

Bei Myslowitz ist in dem Ewald-Schacht von Rostkants eine Holzlammer eingerichtet worden. Die heimatfreuen Deutschen werden dort geprägt, mit Ochsenzähnen und Stößen bearbeitet bis sie bewußtlos zusammenbrechen. Diese furchtbaren Misshandlungen wiederholen sich oft vier, sechs bis acht Mal.

Kapitalverschiebungen?

Wie aus Breslau gemeldet wird, sind die beiden Mit-
haber der Großfirma C. Lewin, die Brüder Max und
Carl Lewin, verhaftet und nach Hintertagung von einer
Rakete, die angeblich drei Millionen Mark betragen soll, wieder entlassen worden. Auch gegen Lewin sen. soll ein
Haftbefehl erlassen worden sein. Wie verlautet, sollen die
Verhaftungen wegen des Verdachts der Kapitalverschiebung
ins Ausland erfolgt sein.

Die Steuern als Pfand.

Das Garantielomitee der Reparationskommission, das
heute in Berlin eintrifft, wird dort über Artikel 7 des
Zahlungsplanes verhandeln, der der Obliegenheit des Gar-
antielomitees unterliegt, und dabei wieder von den Pan-
ten handeln, die Deutschland als Sicherheit für die von
ihm zu bewirkenden Zahlungen der Kommission zu versprechen
hat, nämlich von den Einnahmen aller deutschen Ser-
und Handelszölle, von den Erträgen der Exportabgabe
und, was das wichtigste ist, vom Ertrage des direkten und
indirekten Steuern oder irgendwelcher anderer Fonds, die
die deutsche Regierung vorgeschlagen hat und die von dem
Garantielomitee als Ergänzung oder als Ertrag der beiden
erwähnten Fonds angenommen werden. Man nimmt an,
daß die Verhandlungen mehrere Tage dauern werden. —
Deutschland ist also auf die Stufe von Ägypten, der Tür-
kei und anderer in der Zwangsjade gehaltener Staaten her-
abgesunken und verliert durch Annahme des Ultimatums
nun auch noch seine Finanzsicherheit, während die Alliierten
sich nicht einmal bewegen, die Sanitätsanstalten am Rhein auf-
zuheben und in Oberschlesien uns Genugtuung zu verschaffen.

Die Verteilung der Aufträge für den Wiederaufbau.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Präsident der Reichs-
rüstungskommission, Kommerzienrat Dr. jur. Guggen-
heimer, ist vom Reichspräsidenten bis auf weiteres mit der
auftragsweise Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskom-
missariats für die Verteilung der industriellen Aufträge zum
Wiederaufbau der zerstörten Gebiete betraut worden.

Ein Gesetzentwurf gegen die Kriegsgesellschaften.

Laut „Volksblätter Zeitung“ ist dem Reichstag der Ent-
wurf eines Gesetzes über eine beispiellose Abwidlung der
Kriegsgesellschaften zugegangen. Der Entwurf sieht u. a.
vor, daß die vorgezeichnete Sperrfrist bei der Auflösung von Kriegsge-
sellschaften von 1 Jahr auf 3 Monate verkürzt wird. Ferner will der Entwurf eine beispiellose Auslösung unter Ausschluß der Liquidation durch Übereignung des
Bermögens der Gesellschaften auf das Reich ermöglichen.

Die neuen Steuervorschriften der Reichsregierung
werden alle noch im Laufe der Woche dem Reichsrat zugehen,
soweit dies nicht bereits geschehen ist. Ende der Woche werden
die neuen Steuervorschriften amtlich bekannt gegeben werden.
Die neue Umzugssteuer soll mindestens 4 Prozent betragen
(statt 1,5 Prozent bisher), neben der Erhöhung der Bier-
steuer ist auch eine Erhöhung der Weinsteuer geplant.

Die Frau in der Zelle.

Ein Entwurf über die Zulassung der Frauen zum Schö-
jen- und Geschworenenamt wird zurzeit im Reichsjustizmin-
isterium vorbereitet. Dagegen ist die Zulassung von Frauen
zum Richteramt abgelehnt worden.

Belgien und die Reichsgerichtsurteile.

Das Mitglied der belgischen Delegation bei den Ver-
handlungen in Leipzig, Ritschner, äußerte nach seiner Rück-
kehr, daß ihm der gute Wille des Gerichtspräsidenten auf-
gefallen sei. Die anderen sieben Richter hätten jedoch kei-
nen guten Eindruck auf ihn gemacht. Die Stimmung des
Publikums habe sich stark gegen Belgien gerichtet. Er er-
wartete kein gerechtes Urteil von diesem Gericht. — In politi-
schen Kreisen meint man, daß die belgische Regierung wegen
des gegen Rambothe gefällten Urteils sich an die Alliierten
wenden wird.

Die schwarze Schmach.

Dr. Held, der bekannte Leiter des amerikanischen Ro-
miles für Deutschland, der sich um die Rettung des not-
leidenden deutschen Volkes große Verdienste erworben hat,
wollte am Dienstag abend in einem Berliner Vorort einen
Vortrag über die schwarze Schmach halten, zu dem er auch
Filmaufnahmen benutzen wollte. Als der Vortrag begin-

nen sollte, traf vom Polizeipräsidium die Nachricht ein,
daß die Durchführung verboten wäre, weil das deutsche An-
sehen in der Welt dadurch leiden könnte. — Sonderbare
Begründung, um die Wahrheit zu unterdrücken.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei
hat folgende Entschließungen angenommen:

„Der Zentralvorstand billigt die Ablehnung des Ulti-
matums durch die Reichstagsfraktion; mit der sachlichen
Opposition erklärt er sich einverstanden. Abzulehnen sind
sozialdemokratische Experimente jeglicher Art in der Wirt-
schafts- und Finanzpolitik. Hinzuwirken ist auf die Auf-
rechterhaltung der durch die bisherige Steuergesetzgebung
in weitestem Maße bereits zerstörten mittelständischen
Schichten.“

„Der Zentralvorstand erhebt vor der gesamten Def-
ensilität Einpruch gegen die durchbare Vergewaltigung
der Deutschen in Oberschlesien durch die polnischen Banden,
die von den Franzosen unter Bruch des Verfaßter Fried-
ensvertrages und der feierlich übernommenen Verpflich-
tungen der Entente öffentlich unterstellt werden. Er fordert,
daß nach dem Ergebnis der Volksabstimmung Oberschlesien
ungegliedert bei Deutschland verbleibt, gibt seiner
herzlichen Sympathie für die Oberschlesier Ausdruck und
 dankt dem deutschen Selbstschutz für seine aufopfernde Tä-
tigkeit zum Schutz der deutschen Frauen und Kinder gegen
polnischen Raub und Mord.“

Für Düsseldorf verboten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist am 10. Juni
für das Gebiet des Brüderlopes Düsseldorf auf acht Tage
verboten worden auf Grund der Aktion: „Rotlicht aus dem
neubeschritten Gebiet“ und „Sturmtag im Industriegebiet“.
Die Belästigungen deutscher Frauen durch Farbige und die
Verhältnisse in Oberschlesien bildeten den Inhalt der Ar-
tikel.

Die Beerdigung des Abgeordneten Gareis.

München. Zu der Beerdigung des Abgeordneten Gareis
hatten sich am Montag nachmittag trotz des regnerischen
Wetters viele Tausende am Ostfriedhof eingefunden. Ledebour
führte aus, daß Gareis ein weiteres Glied in der Kette
der sozialistischen Blutzeugen sei. Dadurch werde aber die
Arbeiterklasse nicht eingehüttet. Außer Ledebour sprachen
noch verschiedene andere Redner am Grabe. Mehrere Züge,
die mit Säulen zurückspringen, wurden an der Zier-Brücke
von der Polizei aufgelöst, sobald die Menge nur in kleinen
Trupps in das Stadttor zurückkehren konnte. Die Straßenbahnen
hatten ihren Betrieb von 3 bis 10 Uhr eingestellt.
Die Farbtrüden waren von der Landespolizei mit Panzer-
autos und Drahtzäunen abgesperrt. Die Kommunisten ar-
beiteten auch während der Beerdigung sehr eifrig mit Flug-
blättern. So verteilten sie ein Flugblatt, in welchem die
Arbeiter aufgerufen wurden, den Streit und den Kampf
fortzusetzen, bis die Schandregierung Nahr gestürzt sei.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Callenberg, den 15. Juni 1921.

— Die Regierungssie, die vom Donnerstag bis gestern abend
anhalt und uns mit Ausnahme des vorherigen Sonntags täglich
reidlich Riedelhände und Kühl brachte, scheint nun überwunden
zu sein, doch für die letzten Frühlingstage wohl sonniges Wetter
erwartet werden kann, das der Beendigung der Heuernte, der
Entweidung des Rosenviertels, der Reife der Kirschen und Erd-
beeren etc. förderlich ist. Der heutige Barometerstand bestätigt
diesen hoffnungsvollen Ausblick.

— Knappischafstranten aus. Gestern gelangten die Ver-
handlungen zwischen der Knappischafstrantenfeste des Zugau-
Dölschiner Rohlenreviers und dem Bezirk Gladbach zum Abschluß,
wo nach eines der höchsten Sieghablers zu einem Knappischaf-
strantenhaus eingerichtet werden soll. Das Gebäude ist auf 20
Jahre zuvor mit 55 Betten belegt worden. Daß eines dieser
modernen eingerichteten, jetzt leerstehenden Häuser diesen zweck-
dienstbar gemacht werden könne, wird von den Mitgliedern der
Knappischafstrantenfeste sicher befürchtet. Bekanntlich führen
die Verhandlungen des Gemeindestrantenhauses (Lichten-
stein-C. und Umgebung) zwecks Einrichtung eines solchen Ge-
baudes zu einem Verbandsstrantenhaus wegen ablegenden Ver-
holtens einheit Gemeinden nicht zum Ziel.

— Schwimmport im Film. Die Schwimmvereinigung Nie-
dervergebirge veranstaltet nächsten Freitag von 14 bis 18 Uhr
in den Kammertischspielen eine Filmaufführung, zu der auch
Kinder Jüttchen haben. Der zur Befürahrung kommende Film
ist von der Lebensrettungs-Gesellschaft herausgegeben, er zeigt
zählige Schwimm- und Sprungarten in so. Zeitcoupons-Auf-
nahmen, d. h. etwa 100fach verlangsamt. Aus einer einsamer
Schwimmkünster wird sich im Wasser tummeln und seine Fertig-
keiten im Sprung zeigen, zur untreue Jugend, die dem Schwimm-
port von Jahr zu Jahr erfreulicherweise immer mehr Aufmerk-
samkeit widmet, sowie auch für alle sonstigen Freunde gesunder
Leibesübungen wird das eine höchst interessante Vorführung wer-
den, die allerlei Anregungen gibt, zumal sie durch einen Vortrag
des Herrn Dr. Orlowski erläutert wird.

— Postkraftwagenlinie Lichtenstein-E.-Hohenstein-E. Da-
der Abendzug von Chemnitz fährt 7.21 in Hohenstein-E. ein-
trifft, fährt der Postkraftwagen statt 7.16 erst 7.30 in Hohen-
stein-E. ab, trifft in Bernsdorf 7.53 und in Lichtenstein 8.06
Uhr ein.

— Der Erzgebirgische Sängerbund hält das nächsthjährige
Bundesfest in Hohenstein-E. ab.

— Der Aufzug von Gold für das Reich durch die
Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 13. bis 19.
Juni zum Preis von 280 M. für ein Zwanzigmarkstück
und 140 M. für ein Zehnmarkstück. Die Reichsbank zahlt
ferner für 1 Kilo Feingold 40.000 Mark und für die ausländi-
schen Goldmünzen entsprechende Preise.

(3.) Berufsschulwesen. Der Vorstand des sächsischen
Lehrervereins hat in seiner Sonntagsitzung sich erneut mit
der Frage beschäftigt, welchem Ministerium das Berufsschul-
wesen (Fortbildungsschule) zu unterstellen ist und hat sich ein-
stimmig dafür ausgesprochen, daß das gesamte Fortbildungsschul-
wesen dem Unterrichtsministerium angegliedert werde. — Die
wirtschaftlichen Organisationen, wie z. B. die Innungen
u. w., die an dem Fortbildungsschulwesen besonders inter-
essiert sind und befannlich vielfach selbst Fortbildungsschulen
unterhalten, stehen auf gegenteiligem Standpunkt und for-
dem, daß diese Fortbildungsschulen und Fachschulen dem Wirt-
schaftsministerium unterstellt bleiben sollen.

— Berriesbach. Der in Ohmannstedt in Thüringen abge-
haltene Imkertag, der von Bienenzüchtern aus allen Teilen
des Reiches besucht war, beinhaltete den Preisabzug. Der Höchst-
preis für Honig wurde auf 15 Mark für das Pfund für
ganz Deutschland festgestellt. Es wurde betont, daß sich seit
Wendesgedenken in Deutschland der Honigpreis dem Butter-
preis anpaßt. Man hofft, daß die Landwirte mit dem Butter-
preis den Imkern folgen werden.

— Der neue Rückzug der Mark. Während die großen
Schwankungen des Markturies vor der Annahme des Ultimatums
im Ausland auf politische Gründe zurückzuführen waren, scheint
numehr wieder das iadliche Moment in den Vordergrund zu
treten. Nach Annahme des Ultimatums trat auch die Entspan-
nung vom Deutonmarkt zutage, so daß mit der Annahme des
Vertrages des Auslandes in unsere Zeitungsfähigkeit eine Bef-
reiung des Markturies hand in Hand ging. In dieser allerdings
nicht umfanreichen Bewegung hat auch die Durchführung der
ersten Reparationszahlung nicht geändert; sie hatte nur eine
allgemeine Steigerung des Dollaruries zur Folge. Seit Mitte
voriger Woche vollzog sich jedoch unter dem Einfluß starker
deutscher Räume von Auslandssiedlern ein erheblicher Rückzug des
Markturies. Verstärkt wird diese Bewegung noch durch erheb-
liche Marktangebote, die von London aus auf den Markt ziemlich werden. Am gestrigen Tage lebte sich die Bewegung in voller
Schärfe fort.

— Landwirtschaftliche Ausstellung. Das Ausstellungsausland
am Böllerfeld befindet in Leipzig-Thonberg, welches in den
Tagen vom 16.—21. Juni die 28. allgemeine deutsche Land-
wirtschaftliche Ausstellung beherbergen wird, füllt sich von Tag zu Tag mehr
mit den vielen Tausenden von Ausstellungsteilnehmern, welche
sich gebrachten. Die Ausstellung begegnet othrem
Interesse in den landwirtschaftlichen Kreisen, sie wird jedoch auch
aus der heutigen Sicht sehr leicht verstanden.

— Was sind beim Bier Prozente? Darüber gibt „Der
Saalinhäber“ wie folgt Auskunft: In der Zeitung steht: „Bier-
bier, 8 Prozent.“ Am Stammtisch hilft's das Gespräch. Und
doch denkt ist die meiste nicht das Richtige dabei. Nicht nehmen
an, daß es hier um den Alkoholgehalt handelt. In Wirklichkeit
ist es der ermittelte Alkoholgehalt der Stammwürze des aus der
Maiße gewonnenen Auswurzes aus dem Malz, welches von
ihrem Gehalt des Bieres vor der Garung.

— Müller St. Michael. Die Schuhfabrik hält ihr
Vorstellung am Sonntag, den 12. und Montag, den 13. Juni
ab. Sonntag, den 13. und Montag, den 20. Juni findet Schuh-
fest, verbunden mit Volksfest statt. Ein historischer Umzug
wird am Sonntag den 13. die Einleitung geben.

— Annaberg. (20.000 Mark) bewilligen die städtischen Rol-
leien zur Instandsetzung des Sportlokales am Bohlberg für die
Ergebnisse-Bogenschützen-Sporttag, die vom 6. bis 8. Au-
gust 1921 stattfinden und ein sportliches Ereignis ersten Ranges zu
werden versprechen. Mit den Sporttagen ist eine große Sport-
ausstellung verbunden, welche vom 6. bis 14. August geöffnet
sein wird. Die vielen vorliegenden Platzbesetzungen und die
täglich eintreffenden Autotaxis zeigen, welches große Interesse die
Industrie dieser Veranstaltung entzündet, welche neue Bande
zu dem aufblühenden Sportleben im Erzgebirge und Vogt-
lande fördern wird. Die Stadt Annaberg bereitet sich auf
einen Massenandrang zu beiden Veranstaltungen vor. Alle An-
fragen sind an den Tourismusausschuß zu richten.

— Riechberg. (Ruhrtankstunden.) Angeblich nach dem Ge-
nuss unreifer Stachelbeeren erkrankten einige Kinder der in
der Niederecker Straße wohnhaften Familie Hermann
Schweder an der Ruhr. Die Krank

als wahr unterstellt wird, daß Höls unnötiges Blutvergießen vermeiden wollen. Höls wendet sich dagegen und besteht auf Vernehmung der Schauspielerin.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvornehmung schlägt ein Landjäger aus Hilba den Überfall auf die dortige Rauschpferde.

Der nächste Zeuge Hilfsrediger Schröder aus Tostitschau wurde als Geisel verhaftet, als er nach Eiseleben kam. Der Mann, der ihn verhaftet hatte, kam später wieder zu ihm und sagte: „Das bin mir Max Höls.“ In diesem Augenblick, so erzählt der Zeuge, wurde Höls gemeldet, daß am Markt ein Mann am Fenster eines Hauses stehe und spioniere. Höls zog seinen Revolver und gab vier Schüsse ab. Es entstand dadurch ein Heftdränge, bei dem mehrere Leute dem Zeugen sagten: „Raus doch, daß du wegkommst!“ Dieser wollte aber nicht weaulen, da er dachte, man würde bei einem Fluchtversuch auf ihn schießen. Nach wiederholten Aufforderungen ging er auch weg, war jedoch kaum eine Stunde gelaufen, als jemand holt rief und gleichzeitig drei Schüsse abgab, die glücklicherweise fehlgingen.

Der nächste Zeuge Galaxie Hildebrandt aus Berlin befandet, daß er an jenem Tage vom Fenster aus Höls gelehren habe. In demselben Augenblick habe Höls seine Pistole gezogen und mehrere Schüsse auf ihn abgegeben, von denen einer ihn in den Oberarm traf.

Auch der nächste Zeuge Otto Goette, ein Schlächtermeister aus Eiseleben, befandet, daß Höls drei Schüsse auf Hildebrandt abgegeben habe.

Der Bruder des von Höls angegriffenen Kaufmanns Hildebrandt war Zeuge, wie Höls eine Anklage hielte und dabei sagte: „Genossen, es geht um alles ganze, Frauen und Kinder sind nicht zu schonen, nehmt was ihr kriegen kommt.“ Der Zeuge erklärte weiter, daß Höls auf einen Kopf 30.000 M. ausgelegt habe, weil er bei der Sipo tätig war.

Inspizitor Ostermann vom Gute Helbra erklärte, er habe binnen zwei Stunden 500.000 M. bekaufen müssen. Als das Geld um diese Zeit nicht da war, fuhr Höls mit einem LKW und einem Personenauto zum Gutsgebäude. Dort wurde gespänt und Höls hielt aufreisende Reden an die Wenzle. Schließlich wurde das Quergebäude gesprengt und angesündet.

Borischke: Höls, haben Sie selbst die Sprengung gemacht?

Angeklagter Höls: Nein, aber ich habe sie angeordnet.

Der nächste Zeuge Pastor Schmidt schlägt dann, wie ihm bewußt geweitete Männer zu ihm gekommen seien und von ihm eine Million Mark gefordert haben. Seine Angehörigen hätten verneint, das Geld aufzubringen, aber nur 46.000 M. waren angenommenen. Höls habe nun keine Forderung auf 200.000 M. erhöht. Der Zeuge wurde schließlich im Auto nach Hettstedt gebracht; dort muhte er die 46.000 M. abliefern und wurde später entlassen, nachdem man gedroht hatte, daß das Posthaus in die Luft gesprengt werden sollte.

Dann trat die Mittagspause ein.

Rath der Mittagspause wird dann der Zigarettenhändler Beier vernommen. Er schlägt, wie mehrere Bewaffnete in sein Haus drangen und Zigaretten und Zigarren gegen einen Requisitionschein von Höls fortberten. Auf seine Weigerung hin schossen sie, zogen sich aber zurück. Am nächsten Morgen erschien dann Höls mit sieben Bewaffneten und fragte, wer auf seine Genossen geschossen habe. Er nahm dem Zeugen den Revolver ab und ließ den Schreibstift erbrechen, aus dem er dasbare Geld nahm.

Höls bestreitet die Mitnahme des Gelbes. Er würde es ohne Weiteres zugeben, wenn es der Fall gewesen wäre, da er sich zur Beschlagnahme von Gelben ohne Weiteres bereitstellt hätte. Dann wird der Inspizitor Graf vornommen. Bei ihm erhielt eines Tages ein Zug von acht Automobilen, vollbeladen mit Rottardinen. Sie verlangten Unterkunft für sich und für Höls und seinen Sohn und forderten weiter 10.000 M. und drohten im Richtungsschall mit Todshaus. Der Zeuge schlägt schließlich 8000 M. heran.

Der nächste Zeuge Kaufmann Ludwig aus Hettstadt schlägt dann die Sprengung seines Hauses.

Höls erklärte, daß die Sprengungen immer aus toftlichen Gründen erfolgt seien, um durch dieses Druckmittel zu erreichen, daß die beteiligte Klasse die Sipo zum Abziehen veranlaße. Wir haben uns deshalb darauf beiderthalb, immer nur 2 bis 3 Gebäude in die Luft zu sprengen, um nicht den ganzen Grund und Boden zu zerstören. Höls erklärte weiter, die Sipo kam immer erst, wo schon Ruhe und Ordnung herrschte, das will der Gerichtshof auch genau. Erst durch die hörringischen Sipoleute sei der Aufschluß entfacht worden und nicht durch die Kommunisten. Wir wollten den Bourgeois zeigen, wie die Unruhe hingebrochen hat.

Die Sitzung wird dann auf morgen vormittag vertagt.

Achtung!

Freitag, den 17. Juni von
nachm. 4 Uhr ab findet in den
Lichtenstein-C. Kammer - Lichtspielen

Grosse Sonder-Film- Vorführung m. Vortrag

statt. Alles Nahere morgen.

~ Kinder haben Zutritt. ~

Schwimm-Vereinigung Nieder-Erzgeb.
Im Auftrage: Dr. Gorn.

Frisch eingetroffen

Altenburger Landbutter — Ziegenköse — Quark,
sowie junges Gemüse, Feigen, à Pfund 5 M., bei

Hugo Reinhold, Hauptstraße.

Achtung! Hausfrauen! Achtung!

Morgen Donnerstag zum Wochenmarkt gr. Sendung
Kessels-Apfelküche, zuckerzäh und saftig, zu
dagewesenen niedrigen Preisen, 5 Stk. nur 4.50,
1 ganze Dose nur 10 M. Verschüme niemand dieses außerordentlich preiswerte, günstige Angebot.
— Groß ist der Umlauf, klein der Nutzen.

Hermann Büttner aus Rochlitz,
Gäbnergerberhandlung. — Fernsprecher 236 u. 60

Statistische Scheine

abzugeben in bei **Geschäftsstelle dieses Blattes.**

Gerichtsstand.

Zwischen. (Das Liebesdrama im Niederplanitz), bei dem die 18jährige Arbeiterin Katharina Krauk ihr Leben einbüßte, fand am Montag vor dem Schöffengericht Zwidau seinen Abschluß-Angeklagt war der 19 Jahre alte Bergarbeiter Walther Bauer in Niederplanitz der fahrlässige Tötung und des unbefugten Waffentragens. Bauer hatte am 4. April in der Wohnung seiner Schwester eine Auseinandersetzung mit seiner Geliebten, der genannten Krauk, weil er annahm, daß sie ihm untreu werden wolle. Bei dieser Auseinandersetzung lud er eine Pistole, die dann plötzlich losging. Da die Krauk gleich darauf zu Boden fiel und tot war, glaubte man, zumal sie am Kopf eine Schußverletzung hatte, Bauer habe sie erschossen. Durch die gerichtliche Sektion wurde aber festgestellt, daß die Krauk nicht infolge des Schusses, sondern infolge Schredähnung verstorben war, was sich durch ihre chronische Herzkrankheit erklärt. Die Anklage lautete deshalb nur auf fahrlässige Tötung, das Schöffengericht kam aber auf Grund der Verhandlungsergebnisse zu der Meinung, daß nur fahrlässige Körperverletzung vorliege, und verurteilte deshalb Bauer zu 2 Monaten Gefängnis, außerdem noch wegen unbefugten Waffentragens zu 50 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Haft.

Halle (Sondergericht). Der Kommunist Hermann Krante aus Berlin, der den Sprengstoffstaub im Weiteregeln initiiert und den Peitsch in Weiteregeln unter dem signierten Namen Max Höls gefordert hatte, wurde vom Sondergericht Halberstadt wegen Hochverrats zu 13 Jahren Justizhaus und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt, nachdem er bereits in Dresden zu 10 Jahren Justizhaus verurteilt worden ist.

Bermischtes.

† Schweres Bootunglüx auf der Weser. Auf der Unterweser ereignete sich Montag nachmittag ein schweres Bootunglüx. Der Schiffer Hinzmann machte mit seiner Frau, seiner ältesten Tochter und deren Bedtigam nach fröhlich verlobter Verlobungsfeier eine Segelschiffahrt auf der Weser. Auch die elft 10jährige Tochter des Schiffers wurde mitgenommen. Eine plötzlich eingesetzte Regenbörde setzte das Boot auf die Seite und brachte es zum Kentern. Die Frau, der Bedtigam und das Kind konnten von herbeieilenden Booten dem Wasser entzogen und am Leben erhalten werden. Der Vater und die Braut fanden den Tod in den Wellen. Ihre Leichen konnten nicht geborgen werden und sind in die Nordsee getrieben.

† Die Berliner Domglocke gesprungen. Die größte und schönste Glocke, die Berlin besaß, die große Glocke des Berliner Doms, ist plötzlich gesprungen. Eine Reparatur ist ausgeschlossen. Die Glocke ist nicht nur wegen ihres kulturtörtlichen Wertes, sondern auch wegen der außerordentlichen Kosten, die eine Neuanschaffung heute verursachen würde, als unerschöpflich anzusehen. Sie stammt aus dem Jahre 1471, hing seit 1562 in Berlin und wog über 70 Tonnen.

† Eine Hasenflaumengmaschine. Aller Wahlpöfgen verspricht Hoffnung und Hilfe der New Yorker Arzt Dr. James Thompson, der eine Maschine zum Aufsuchen von Haaren auf Gläsern erfunden hat. Eine sehr kleine Nadel, die durch Elektricität in Tätigkeit gesetzt wird, kann in einer Stunde hundert Haare auf dem Kopf „befestigen“. Die Maschine wurde bei dem Jahresessen des New Yorker „Gläser-Klubs“ vorgeführt, und nach dem Essen nahe der Exibitor auf die strahlenden Gläsern von acht Mitgliedern Haare an. Man will nun die Folgen dieser Prozedur ein Jahr lang abwarten, und es sollen bei der nächsten Jahressversammlung Preise verteilt werden an diejenigen, die dann die meisten und die schönsten Haare haben. (Die Preisverteilung wird gewiß erst am nächsten 1. April stattfinden!)

Prüfen Sie

Ihren Drucksachenbestand! — Ist Ihnen etwas ausgegangen oder entspricht eine Drucksache nicht Ihren Wünschen, dann wenden Sie **Wir** jede Drucksache unter Berücksichtigung aller von Ihnen gemachten Wünsche.

Buchdruckerei Koch & Pester
Wilhelm Ebertstr. 5b. Fernsprecher 7.

Mehrere Hausgrund- stücke

in Oelsnitz und 1 in Stollberg i. E. sofort zu verkaufen.
Wohng. w. frei.

Pfüller,
Groß-Büro, Stollberg i. E.
Telefon 74.

Neuzzeitliche Polster-Möbel

Sofas, gebogene Formen
Kubiksofa } in Hobelholz,
Kubiksessel } Manschette &
Mattenholz, Stoff Moh

Große Auswahl
bekannt solide Arbeiten aus
eigener Polsterwerkstatt.

Röbelius Edemann,
Oelsnitz, Ann. Stollb. Str. 5.

1 Paar lange Stiefel,
Gr. 42 u. 1 Paar Herren-
Schuhes, Gr. 40, zu
verkaufen. Daxensteiner-
straße 8, 1 Treppen rechts.

Empföhle mor- gen Donnerstag z. Wochenmarkt blattfischen

Dom. Gelfert, Mühlgraben

Zahn-Atelier Hoyer

L.-C., Markt 21, 1. Etage
Wochentags geöffnet u. 8-10 Uhr

Eingerichtete Blechwarentreiber

Juch
Blechwaret C. R. Wagner.

Sohn achtbarer Eltern,
welcher Lust hat das

Bäderhandwerk

zu erlernen, findet gutes
Unterkommen bei

Bädermeister Wenzel Klemme,
Oelsnitz i. E., Poststraße,
Nr. 8, 1. Treppen rechts.

† Nachricht. Vor etwa vierzehn Tagen wurden in der Nähe von Wien Neufeld durch ein über die Straße gespannes Drahtseil Infanterie zweier Automobile verlegt und einer gesichtet. Seit ist es gelungen, in der Gegend von Kremsier in Währden den Täter in der Person des Nebenwandschützen-Herstellergebiets Höglitz zu verhaften. Er gab bei seiner Festnahme an, daß er sich habe an der Gesellschaft rächen wollen.

Richterschichten für Lichtenstein-Callenberg.

(G. Laurentiuskirche.)

Heute Mittwoch abends 8 Uhr bei günstigem Wetter Wiederaufbau auf dem Biednidplatz im Stadtteil unter Mitwirkung des Seminarchores, sonst Aufbau in der Kirche.

(Unterstädte.)

Richterschichten für Görlitz.

(G. Laurentiuskirche.)

Heute Mittwoch abends 8 Uhr Versammlung. (Pred. Heiger.)

Richterschichten für Hoyerswerda.

(G. Laurentiuskirche.)

Heute Mittwoch abends 8 Uhr Jungmännerverein.

Richterschichten für Lauterbach.

(G. Laurentiuskirche.)

Heute Mittwoch abends 8 Uhr Landstädte.

Bericht über den Schlachtwiehmarkt in Zwidau

am 13. Juni 1921.

Auftrieb:

Ochsen 24, Bullen 10, Rübe und Kalben 152.

Frisch — Rübel — Schafe 171

50 Rg. in Mif.

Schweine 428.

31 zusammen: 812.

Ochsen.

1) vollfl. ausgem. höchst. Schlachtw. b. 3-6 J. 750

2) junco fleisch. nicht ausgem. ältere ausgem. 700

3) mäßig genährt junge, gut genährt ältere 650

4) gering genährt jeden Alters

Bullen.

1) vollfleischig, ausgem. Rübel höchsten Schlachtw. 750

2) vollfleischig ausgem. Rübel höchsten Schlachtw. 725

3) mäßig genährt jüngere u. gut genährt ältere 650-700

4) gering genährt

Rübe und Kalben.

1) vollfleischig, ausgem. Rübel höchsten Schlachtw. 750

2) vollfleischig ausgem. Rübel höchsten Schlachtw. 700-750

3) ältere ausgemästete Rübe und gut entwickelte Rübel jüngere Rübe und Kalben 650-675

4) auf pendhähle Rübe und mäßig genährt Kalben 500-600

5) mäßig und gering genährt Rübe und gering genährt Kalben

300-450

Gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahre

Rübel.

1) Doppellender

2) beide Mast- und Saugälber

3) mittlere Mast- und gute Saugälber

4) geringe Rübel

Schafe.

1) Mästlämmer und jüngere Mästhammel

2) ältere Mästhammel

3) mäßig genährt Hammel u. Schafe (Mierschafe) 400-450

Schweine.

1) vollfleischig, der feineren Rüben u. deren Rennungen im Alter bis 1½ Jahr